

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

4.9.1919 (No. 206)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 853
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, betrie-
ben in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 M 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 M 90 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gefaltete Zeile oder deren Raum 30 P zuzüglich 50 % Leerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Arbeitsnachweise und Behörden.

** Den Staats- und Gemeindebehörden wurde folgender Erlass des Reichsarbeitsministers zur Beachtung empfohlen:

Die Arbeitsvermittlung für die vielen gegenwärtig arbeitslos gewordenen oder von bevorstehender Arbeitslosigkeit bedrohten kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten entbehrt zurzeit noch der wünschenswerten Zusammenfassung, da diese Behörden ihren Bedarf an derartigen Angestellten, die auf Grund eines Privatdienstvertrages verpflichtet werden sollen, nicht durch Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise, sondern auf andere Weise decken. Wenn die hierfür geschaffenen Organe den Überblick und die Verfügung über diesen wichtigen Zweig des Arbeitsmarktes erhalten sollen, so müssen alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden veranlaßt werden, diejenigen offenen Stellen ihrer Bereiche, die nach den Bestimmungen und der Eigenart ihrer Aufgaben nicht mit Beamten oder Militäranwärtern, sondern mit Vertragsangestellten besetzt werden sollen, bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis anzumelden. Diese Anmeldeung (die übrigens für eine Anzahl von 5 und mehr offenen Stellen bereits durch die Verordnung des Demobilisationsministeriums vom 17. Februar 1919 vorgeschrieben ist) schließt nicht auch die Pflicht zur Befragung der offenen Stelle mit dem vom Arbeitsnachweis angebotenen Bewerber in sich, die Entscheidung hierüber verbleibt naturgemäß der Behörde.

Die Meldungen der Behörden können an jeden niedergewerbemäßigen Arbeitsnachweis ihres Amtsbezirks erfolgen, zweckmäßigerweise wird, falls am Orte vorhanden ein für die gesuchte Berufsart sachlich zuständiger, mangels eines solchen, der öffentliche Arbeitsnachweis gewählt werden.

„Rechnungslegung durch die Arbeiter- und Soldatenräte.“

** In Nr. 185a des „Freiburger Boten“ vom 12. August 1919 ist unter der obigen Aufschrift eine nähere Untersuchung darüber angeregt worden, in welcher Weise die Einnahmen des Soldatenrats Freiburg aus dem Verkauf von Schokolade, die zu den Heeresbeständen gehörte, verwendet worden sind. In Erwiderung auf diese Anregung führt die Freiburger „Volksmacht“ in dem Artikel „Soldatenrat und Freiburger Bote“ der Nr. 189 vom 15. August 1919 aus: „Über die Einnahmen bei dem Schokoladenverkauf kann der Finanzminister vermutlich Auskunft geben, diese etwa 55 000 M. sind abgeliefert worden.“

Die Mitteilung bezieht sich vermutlich auf eine Sendung Schokolade, die der Soldatenrat Freiburg im November 1918 in Breslau beschlagnahmt und nach Freiburg verbracht hat, wo sie der Soldatenrat Freiburg verkaufte. Der Erlös betrug rund 55 000 M. Einen Teil davon hat die Staatsanwaltschaft Freiburg, die sich mit der Angelegenheit zu befassen hatte, beim Hauptsteueramt Freiburg hinterlegt, den Rest soll der Soldatenrat Freiburg einem Freiburger Wanzengeschäft einweisen übergeben haben. Mit dieser Angelegenheit ist die badische Finanzverwaltung bis jetzt nur insofern befaßt gewesen, als, wie schon erwähnt, die Staatsanwaltschaft einen Teil des Erlöses beim Hauptsteueramt Freiburg hinterlegt hat. Wenn der Erlös in letzter Linie ausfließen wird, ob der badischen Staatskasse oder der Reichsvermögensverwaltung, steht zurzeit noch nicht fest. Letztere beansprucht ihn mit der Begründung, es habe sich um Schokolade gehandelt, die der Heeresverwaltung gehörte.

Die Einfuhr von Zement aus der Schweiz.

** Die außerordentliche Knappheit an Zement und die Unmöglichkeit, durch Verbesserung der Kohlenlieferung eine Steigerung der Zementherstellung im Inlande herbeizuführen, haben es mit sich gebracht, daß Zement in wachsendem Umfange aus dem Auslande, namentlich aus der Schweiz zur Einfuhr gelangt. Es ist nun verständlich, daß die Zulassung geduldet worden, daß dieser aus der Schweiz eingeführte Zement mit deutschen Kohlen gebrannt sein müsse, und es wurde als unerantwortlich bezeichnet, Kohlen zur Herstellung von Zement nach der Schweiz auszuführen und den mit ihnen gebrannten Zement dann zu hohen Preisen zurückzuführen, während er im Inlande mit den hier vorhandenen Kohlen zu einem niedrigeren Preise hergestellt werden könnte.

Wie der Reichskohlenkommissar mitteilt, gehen jedoch zurzeit nach der Schweiz nur geringe Kohlenmengen, und zwar auf Grund eines Staatsvertrages, in welchem sich die Schweiz zur Lieferung von Milch, Vieh und anderen Lebensmitteln als Gegenleistung für die Kohlenlieferung verpflichtet hat. Beschränkungen hinsichtlich des Verbrauchs der Kohlen ist die Schweiz durch die Bestimmungen des Vertrags nicht unterworfen; wenn nun tatsächlich, was aber mit Sicherheit nicht festzustellen ist, der aus der Schweiz eingeführte Zement ganz oder teilweise mit deutschen Kohlen hergestellt sein sollte, so wird dies angesichts der für die Kohlenlieferung erforderlichen Gegenleistung in wertvollen Nachfrungsmitteln nicht zu beanstanden sein. Ein Grund zur Beunruhigung hierüber dürfte überdies um so weniger vorliegen, als von deutscher Seite nur ein Bruchteil der vertraglich festgelegten Kohlenmengen geliefert werden, bei Auslieferung des Vertrags also der schwierigen inländischen Lage schon voll auf Rechnung getragen wird, obwohl die Schweiz außerdem noch das gesamte Material zum Abtransport in vollem Umfange stellt. Hiernach wird die Schweiz deutsche Kohlen in nennenswerterem Umfange zur Zementherstellung nicht verwenden können; vielmehr ist anzunehmen, daß hierzu in der Hauptsache die erheblichen Lieferungen aus

dem besetzten Saargebiet, aus Belgien, England und Amerika Verwendung finden.

Scharfe Überwachung des Kraftwagenverkehrs.

** Die Betriebsstofflage hat sich nicht unwesentlich dadurch überaus ernst gestaltet, daß der Verkehr mit Personenkraftfahrzeugen zum großen Teil im Schleichhandel bezogenen Benzol verbraucht. Bei der geringen Produktion von Benzol macht es der Schleichhandel unmöglich, sowohl Industriellen, die Benzol für ihren Fabrikationsprozeß brauchen, als auch Kraftfahrzeuge, die öffentlichen Zwecken dienen, zu beliefern.

Die Bezirksämter werden daher angewiesen, bei der Zulassung von Kraftwagen den strengsten Maßstab bei Prüfung des Bedürfnisses anzulegen. Die seit Herausgabe des Erlasses über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 14. April 1919 erteilten Zulassungen von Kraftwagen sind unter dem Gesichtspunkt strenger Berücksichtigung der herrschenden und hinsichtlich der Dauer nicht absehbaren Brennstoffnot einer Nachprüfung zu unterziehen. Soweit die Nachprüfung die Zulassung beschleunigt werden soll, nicht zur Zurückziehung der Zulassung führt, wird in jeder Zulassungsbescheinigung vermerkt:

1. der die Zulassung begründende Verwendungszweck, 2. die zur Verwendung berechtigten Personen, 3. der Verwendungszweck oder die Verwendungszwecke, 4. bei allen Kraftomnibussen, Kraftbussen, Kraftwagen, das Verbot des Fahrens zu Wettrennen und ähnlichen Massenbelustigungen auch innerhalb ihres Verwendungszwecks. (Dies Verbot versteht sich für private Kraftwagen nach den zugelassenen Verwendungszwecken von selbst.) Bei der Zulassung wird besonderes Gewicht auf tatsächliche Ausübung großer Wagen, wo kleinere den Verwendungszweck erfüllen können, gelegt.

Weil diese Maßnahmen voraussichtlich zu einer wirksamen Beschränkung der nicht unbedingt notwendigen Fahrten mit Kraftfahrzeugen nicht führen wird, ist deshalb eine schärfere Kontrolle der auf der Fahrt befindlichen Kraftwagen notwendig. Die Bezirksämter, in deren Bezirk ein regerer Kraftwagenverkehr stattfindet (namentlich aus den Bädern und Luftkurorten wird berichtet, daß zahlreiche Kraftwagen aus Norddeutschland lediglich zu Vergnügungszwecken im Lande herumfahren, deren Anwesen sich durch ihr Auftreten bei der einheimischen Bevölkerung äußerst mißliebig machen) wurden beauftragt, eine dauernde Kontrolle derselben einzurichten. Diese erstreckt sich zunächst darauf, ob der Fahrer im Besitze eines Führerzeugnisses und einer Zulassungsbescheinigung ist, ferner welches der Zweck der Reise ist und woher das erforderliche Benzol bezogen wurde. Fahrzeuge, für welche eine ordnungsgemäße Zulassungsbescheinigung nicht vorgezeigt werden kann, werden beschlagnahmt. In Fällen, in denen Grund zu der Annahme besteht, daß es sich um Fahrten handelt, die außerhalb des in der Zulassungsbescheinigung eingetragenen Verwendungszwecks liegen, wird das Fahrzeug ebenfalls festgehalten und bei der Polizeibehörde, welche die Bescheinigung ausgestellt hat, telegraphisch die Zurückziehung der Zulassung beantragt.

Um der Gefahr vorzubeugen, daß die Kraftwagen auf das Zeichen des Kontrollbeamten nicht anhalten oder während der Kontrolle davonfahren, sind anderwärts für diese 2 besondern geeignete Beamte bestimmt, von denen der eine eine kleine grüne Fahne zum Geben des Haltzeichens, der andere eine Schutzwaaffe hat, mit der bei Nichtbefolgung der Befehle nach dem Gummireifen geschossen werden kann. Es wurde den Bezirksämtern empfohlen, die betreffenden Beamten entsprechend auszurüsten.

Keine Höchst- und Richtpreise für Obst.

** Die Bekanntmachungen der Badischen Obstversorgung vom 1. und 16. August d. J. über Richtpreise für Frühdobst haben in der Praxis vielfach dazu geführt, daß die festgesetzten Richtpreise als Mindestpreise betrachtet und auch für minderwertiges Obst die für marktfähige Ware von guter Beschaffenheit bestimmten Richtpreise gefordert und bezahlt wurden. Vielfach wird in der Befürchtung einer bevorstehenden Preissteigerung auch grünes Obst auf den Markt gebracht.

Nachdem durch die Bekanntmachung vom 16. August 1919 über den Verkehr mit Herbstobst („Karlsruher Zeitung“ Nr. 192 vom 19. d. M.) die Bewirtschaftung auch von Herbstobst aufgehoben und lediglich die Ausfuhr von Obst aus Baden durch die Einführung des Verkaufsverbotsweges für das über die Grenzen des Reichs hinausgehende Obst beschränkt worden ist und da ferner die Herbstobsternte im ganzen Lande eine gute zu werden verspricht, soll deshalb der Versuch gemacht werden, ohne Festsetzung von Höchst- oder Richtpreisen für Obst im Wege des freien Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf die im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung unbedingt notwendige Senkung der Obstpreise hinzuwirken. Die Badische Obstversorgung hat deshalb durch Bekanntmachung vom 8. September 1919 die Richtpreise für Frühdobst aufgehoben und von der Festsetzung von Höchst- oder Richtpreisen für Herbstobst zunächst abgesehen.

Dabei muß jedoch von Obstzüchtern, Handel und verbrauchendem Publikum erwartet werden, daß die Preise für Obst künftig ganz erheblich unter den bisher festgesetzten Preisen zurückbleiben. Sollte wider Erwarten nicht bald eine erhebliche Senkung der Preise eintreten, so behält sich die Badische Obstversorgung vor, Höchstpreise für Herbstobst festzusetzen. Der Verkaufsverbotsweg für außer Landes gefandenes Obst bleibt, wie gesagt, aufrecht erhalten.

* Oberschlesien.

Nach dem Wegfall des lothringischen Kohlengebietes haben wir, abgesehen von der mitteldeutschen Braunkohle, nur noch zwei große Kohlengebiete zur Verfügung, das rheinisch-westfälische und das ober-schlesische. Und auch von ihnen beiden bleibt das ober-schlesische Kohlengebiet nur dann als Besitz dauernd gesichert, wenn bei der kommenden Volksabstimmung ein uns günstiges Resultat herauskommt. Selbstverständlich würden wir für den Fall eines ungünstigen Resultates das Recht zugesprochen erhalten, mit Polen ganz bestimmte Abmachungen zu treffen, die uns den Bezug eines erheblichen Teiles der ober-schlesischen Kohle garantieren. Auf jeden Fall haben wir also an den Ereignissen im ober-schlesischen Kohlen- und Industriegebiet ein ganz bedeutendes Interesse. Noch zumal in einer Zeit, deren volkswirtschaftliches Stigma die Kohlenkrise ist.

Auch wir in Baden haben den Vorgängen im schlesischen Osten unsere stetige Aufmerksamkeit zu schenken, wie es ja denn überhaupt bei der heutigen Lage der Volks- und Weltwirtschaft ganz töricht ist, zu meinen, ein Gebiet könne ignoriert werden, weil es räumlich von unserem eigenen Lande weit getrennt ist. Die Dinge liegen wirtschaftlich heute so, daß eine Misere in Argentinien unter Umständen eine Katastrophe auf dem europäischen Markte herbeiführen kann. Wir sind eben langsam aus dem Zeitalter der Volkswirtschaft in das Zeitalter der Weltwirtschaft übergetreten; und der Völkerwelt wird nur dann seine große und erhabene Aufgabe zum Besten des ganzen Menschengeschlechtes erfüllen können, wenn er sich dieser weltwirtschaftlichen Grundlage alles staatlichen Lebens dauernd bewußt bleibt.

Was nun die Lage in Oberschlesien betrifft, so hat sie sich beinahe in der letzten Zeit außerordentlich kritisch gestaltet. Für die politische Unreife, ja Verblendung eines Teiles unseres Volkes bieten die dortigen Vorgänge ein betrübendes Beispiel. Kommunistische Bestrebungen haben mit polnischen Annexionsgelüsten Hand in Hand gearbeitet, um dort das Ganze durcheinanderzubringen. Und leider waren auch die gut deutsch gesinnten Arbeiter schwachherzig und verblendet, wenn um diese Zusammenhänge nicht zu erkennen und sich zu einem Streik verhegen zu lassen, der gewiß nicht im Interesse des Reiches und der Arbeiter selbst lag, sondern nur der polnischen Eroberungsgier genügt hat.

Wir haben dieser Tage davon gesprochen, daß in einem Teil der Schweizer Presse recht ungünstige, unserer Meinung nach zu pessimistisch gefärbte Artikel über die Vorgänge in Deutschland veröffentlicht worden sind. Um so mehr freuen wir uns, in Folgenden einem aus Berlin stammenden Artikel der „Basler Nachrichten“ Raum geben zu können, der nicht nur eine sehr gute und übersichtliche Darstellung der Lage in Oberschlesien bringt, sondern auch bestrebt ist, die Politik der Reichsregierung zu erklären und zu rechtfertigen. Doch läßt natürlich auch dieser Artikel erkennen, wie ernst die Lage für uns dort geworden ist. Der Artikel lautet:

„Die Absicht der Reichsregierung war, die ober-schlesische Kohlenindustrie vor ihrer möglichen Eingliederung in das polnische Territorium noch für Deutschland so viel als möglich nutzbar zu machen. Bei den ungeheuren Kohlenlieferungen, zu denen Deutschland nach dem Friedensvertrag verpflichtet ist, trüge — ganz abgesehen vom eigenen Bedarf — die Stilllegung der ober-schlesischen Gruben die Gefahr der Nichterfüllung eines der Hauptpunkte des Friedensvertrages in sich. Das trübe gerade die Unschuldigen am meisten. Denn als Folge davon würden die deutschen Gefangenen, welche immer noch im Ausland Ironarbeit leisten, nicht eher entlassen werden, als bis das Reich seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Schon deswegen mußte die Regierung darauf ausgehen, mit allen Mitteln den Betrieb in dem wichtigsten deutschen Kohlengebiet aufrecht zu erhalten. Weil aber Oberschlesien für Deutschland von dieser überragenden Bedeutung ist, mußte die Regierung auch danach trachten, der polnischen Agitation, die seit Monaten sehr rührig für den Anschluß an Polen Stimmung zu machen suchte, den Boden zu entziehen. Deshalb war sie gezwungen, in Oberschlesien schärfer als anderswo jede Streikpropaganda zu verhindern und politische Versammlungen, die direkt gegen Deutschland oder die Regierung gerichtet waren, wenn nötig, zu verbieten. In Oberschlesien mußte nicht nur gearbeitet werden, es mußte auch dafür gesorgt

werden, daß diese Proving nicht vor der Abstimmung schon de facto an Polen fiel.

Im übrigen war es der Regierung schon seit längerer Zeit bekannt, daß von kommunistischer und unabhängiger Seite aus eine große Aktion gegen sie geplant war. Diese Aktion sollte eben an dem Punkte einsetzen, wo Deutschland zur Stunde am verletzlichsten ist: in Oberschlesien. Man hatte nicht nur geheime Flugblätter gesunden, sondern auch in Schlesien selbst eine erhöhte Agitation der radikalen Elemente feststellen können. Sie verfolgte zwar in weiterem Sinne andere Ziele als die polnische Bewegung, schien aber doch bald mit ihr taktisch zusammenzugehen. Die Gefahr, daß hier von zwei Seiten aus ein Vorstoß gegen die Regierung unternommen werden würde, stieg mit jedem Tage. Um ihr zu begegnen, versuchte man es mit fruchtlosen Ausklärungsversuchen bei der Arbeiterschaft und als dies nicht verfruchtete, vielmehr die Streikbewegung ungehemmt einsetzte, mit Verkündung von Standrecht und Arbeitszwang. Inzwischen konnte man denn auch feststellen, daß sowohl die Generalstreikbewegung wie die Bewegung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen sich die Hände reichten, ja, daß man sich gegenseitig Versprechungen gemacht hatte und eine Forderung der ausständigen Bergarbeiter, Öffnung der deutsch-polnischen Grenze, direkt auf die vorzeitige Vereinigung mit Polen hinzielte.

Es ist lächerlich, wenn die radikale „Freiheit“ feststellt, daß in Oberschlesien bis zum Ende voriger Woche vollkommen Ruhe geherrscht hat, und daß es erst von dem Zeitpunkt an zu Unruhen gekommen ist, an dem die Regierungstruppen in die einzelnen Ortschaften eingezogen sind. Denn die Grenzschmarmilch, die Übergriffe polnischer Banden und polnischer Soldaten zwangen ja die Regierungstruppen zum Einmarsch. „Die Ruhe“, sagt die „Freiheit“, „wird wieder eintreten, wenn das provokierende Auftreten des Militärs fortfällt und der Arbeiterschaft die Aufrechterhaltung der Ordnung selbst überlassen bleibt.“ Natürlich, denn dann wäre Oberschlesien von polnischen Truppen besetzt und somit derselbe Zustand geschaffen worden, wie seinerzeit in Posen; ein fait accompli, dem sich die verhehten Bergarbeiter gerne gefügt hätten, weil es nicht ohne klingende Münze zustande gekommen wäre. Es ist Pflicht der Regierung, die von ihr gefundenen Beweismaterialien, welche sich darauf beziehen, bald zu veröffentlichen. Unter der Hand ist bekannt geworden, daß die Polen nicht nur den Wahlvorstand der deutsch gefinnten Schlesier, sondern auch die Streiklust der Bergarbeiter mit Gold einzuwickeln versuchten. Selbstredend versichern „polnische Kreise“, daß der Rutsch urplötzlich gekommen sei, selbst die polnischen Führer seien überrascht und ratlos. Inzwischen haben sich aber die Beweise dafür, daß es sich bei dem Mißbrauch in Oberschlesien um einen vorbereiteten Aufstand der Polen gehandelt hat, gehäuft. Mitglieder der polnischen Delegation sollen nach Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen sich gewiegert haben, Auskunft über die Ursachen dieser Vorgänge zu geben; aber die Tatsache, daß man unlängst in Warschau deutsche Spartakisten sehen konnte, welche bei polnischen Nationalisten Teebistzen machten, spricht Bände. Daß von Warschau aus demnächst ein offizielles Dementi in alle vier Winde trompetet werden wird, in dem man lesen kann, daß die polnische Regierung nie etwas anderes gewollt habe, als daß Oberschlesien bei seiner Mutter bleibe, ist

anzunehmen. Aber solche Dementis weiß man nachgerade in ihrem Werte einzuschätzen.

Mag also selbst das politische, das moralische Recht auf deutscher Seite sein, die Situation ist für das Reich sehr übel. Erstens ist die Lage militärisch noch keineswegs geklärt, wenn man auch annehmen darf, daß trotz dem Zugang aus Polen, die Banden aus allen Teilen des Landes vertrieben sein werden. Doch damit ist die Ruhe im Lande noch nicht hergestellt. Noch wochenlang kann die Industrie gelähmt, der Verkehr behindert, die Produktion unterbunden bleiben. Was das aber für Deutschland bedeutet, ist nicht auszudenken, da schon vor dem Streik eine gefährliche Kohlennot für den Winter vorausgesetzt wurde. (Eine Verstärkung unserer Truppen ist inzwischen vorgenommen worden, so daß mit einem Erfolg der polnischen Banden wohl nicht mehr gerechnet zu werden braucht. D. Red.)

Der amtliche Pressedienst.

Mit Bezug auf den in Nr. 196 der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz: „Die Tagespresse und die Reform des amtlichen Pressedienstes“ vom Hq. Weichmann, geht uns der folgende Artikel zu:

Die Reichsregierung hat den Ministerialdirektor Kaufser in Berlin zum Pressesekretär ernannt, und damit tritt die wichtigste Frage, der internationale Wiederaufbau Deutschlands, in den Vordergrund. Ob Herr Kaufser der geeignete Mann für diesen Posten sein wird, mag die Zukunft lehren. Für den internationalen Pressedienst ist er jedenfalls neu, und da dieser die wichtigste Reform ist, hoffen wir, daß es ihm gelingen möge, die richtigen Mitarbeiter zu wählen.

Das halbamtliche Wolff-Bureau war schon im Frieden ein ungesunder Zustand; abhängig von seinen Kartellen, Associated Press, Reuters, Gubas, Ciesani, der Petersburger und der Wiener Telegraphen-Agentur usw., hat es im Kriege ganz besetzt. Neben Wolff arbeitet noch die Telegraphen-Union, das frühere Girsch-Bureau, fusioniert mit dem Verold, welches sich in der Hauptsache auf Wiedergabe von Wätersstimmen beschränkt. Bis zum Ausbruch des Krieges, August 1914, machte der Pressetelegraph, welcher jetzt ganz ruht, einen Auslandsdienst, und zwar in enger Fühlung zum New York Herald, der Daily Mail und der führenden französischen Presse. Neben diesen Agenturen unterhielten große deutsche Zeitungen eigene Korrespondenten in allen Ländern, und Provinz-Verlagsgesellschaften hatten in London, meistens in Paris, eine Nachrichtenzentrale, deren Vertreter mit mehr oder weniger Verständnis Nachrichten aus den bereits gedruckt vorliegenden Blättern sammelten, um sie auf schnellstem telephonischen Wege nach Deutschland weiterzugeben. Dieser Dienst war in der Hauptsache charakterlos, häufig aber auch tendenziös, d. h. in dem Sinne „deutschfeindlich“, daß mit Vorliebe solche Nachrichten weitergegeben wurden, die, landläufig gesprochen, in der Heimat Argernis erregen mußten. Man schürte künstlich den Haß, anstatt freundschaftlich und versöhnlich zu wirken. Taktlosigkeit waren an der Tagesordnung, und geschmacklos war ihre Wirkung. Manche deutsche Diplomatenvertretung und selbst das so oft als unfähig gekennzeichnete Auswärtige Amt können daran ihr Bedauern finden.

Ich habe schon vor dem Kriege wiederholt auf die Wichtigkeit der Pressevertretung im Auslande hingewiesen und die Ernennung von Presse-Attachés bei den Gesandtschaften in Anregung gebracht. Wir haben viele politisch reife und fein gebildete Journalisten, die aus der Pariser Land und Leute kennen und sehr geeignet sind, den persönlichen Verkehr mit der Landespresse zu pflegen. Sie beurteilen die Lage und Stimmung aus ihrer Umgebung und sind der beste Barometer für den Gedankenstand, der mit wenigen Ausnahmen nur einseitig informiert ist, das heißt von der Regierung, bei der er gerade akkreditiert ist. Dinge kommen noch die großen Repräsentationspflichten und die Tatsache, daß die große Presse hauptsächlich in der Nacht lebt, zu welcher Zeit sie bekanntlich hergestellt wird.

Hätten wir vor dem Kriege Journalisten in solchen Stellungen gehabt, so wären diese als alle Bekannte in Versailles auf dem Friedenskongress mit erschienen und hätten dort die Wiedervereinigung an die feindliche Presse, die doch un-

dingt erfolgen muß, gleich vorbereitet. Statt dessen haben wir unsere Kriegsberichterstattung hingehängt, die mehr oder weniger — wenigstens für den Feind — belastet waren. Man wird mir vielleicht entgegen, unsere großen deutschen Zeitungen hätten ja eigene Korrespondenten in den feindlichen Ländern unterhalten, die dort gut bekannt waren; man darf aber nicht vergessen, daß gerade diese Herren nur einseitige Interessen, die ihre Zeitung, zu vertreten hatten und daß der Presse-Attaché eben dazu da sein muß, den Ausgleich zu schaffen.

Neben der Frage des Presse-Attachés ist auch der Austausch von Redakteuren in Fachkreisen ventilert worden, und zwar in dem Sinne, daß eine große deutsche Zeitung ein Redaktionsmitglied auf eine bestimmte Zeit in die Redaktion einer Auslandszeitung setzt und umgekehrt. Dieser Gedanke, dessen Verwirklichung schon an sich schwierig ist, mußte fallen gelassen werden.

Neben all diesen Fragen steht aber eine andere, die mindestens ebenso wichtig ist: die Selbsterziehung der Presse auf jeder Seite. Und da weise ich besonders auf die verheerende Tätigkeit hin, die vor dem Kriege und auch jetzt noch in den Spalten vieler Zeitungen zu lesen ist; sie sollte unbedingt unterbleiben. Wer hierin den Anfang macht, leistet Pionierdienst und wirkt erzieherisch. Was sollte die Presse schließlich auch anderes sein, als das geistige Erziehungsmittel für das Volk. Und da muß sie mit gutem Beispiel vorangehen; denn wer schimpft, hat meistens Unrecht. Im möchte hier auf einen ganz Großen verweisen, ich glaube es war Goethe, der gesagt hat: Ich bin ein Feind derjenigen Presse, die hinter dem falschen Schilde des öffentlichen Wohles nur die gemeinsten egoistischen Zwecke verfolgt; die Presse sollte eine moralische Macht von großer Bedeutung sein. Ihre nächste Pflicht besteht somit in ihrer Selbsterziehung, dann wird auch das Volk gewöhnt und genötigt werden, selbst edler und besser zu denken. Die verständige Behandlung aller Fragen ohne große Leidenschaft setzt eine Mäßigung in allem voraus. Eine Partei hat nicht durchaus recht, eben weil sie Partei ist, und eine grenzenlose Opposition wirkt immer dumm. Ist ein wirkliches Bedürfnis zu einer großen Reform in einem Volke vorhanden, so soll die Presse endlich ihre Pflicht tun, um öffentliche Gebrechen — oft unermeidliche Mängel — nach und nach zu beheben. Selbst unbillige Formen nach sich zieht. Man muß die Sitten der Zeit beherrschen und sich nicht von der eigenen Seite beherrschen lassen, um nicht beschränkt und befangen zu wirken. Wer mit Klarheit und Energie ausgerüstet und vom besten Willen ist, wird immer den Weg finden, und wer in den Wohl seiner Mitarbeiter das richtige Gefühl bekommt, wird stets gut bedient sein. Ein Mensch wird eben nur dann etwas leisten, wenn der Stoff dazu in ihm vorhanden. Kenntnisse und lebendiges Wissen sind gute Eigenschaften, auch für einen Journalisten, wenn er sie veredelt ausübt. Man kann einem gesunden Verstand haben und braucht in seinem Beruf keine Genie zu sein. Die Engländer sind immer Realisten gewesen, und ihr praktischer Verstand hat ihnen die Welt erobert. Lernen wir von ihnen ihre Vorzüge, weniger ihre Fehler zu sehen; man züchtigt die Menschen, wenn man sie in ihrer Wahrheit zu sehr züchtigt. Reich und Egoismus werden in der Welt immer herrschen. Ein vollkommen Zustand ist doch nur dann denkbar, wenn man die Menschheit vollkommen machen könnte. Darum wird der Kampf der Parteien immer bestehen.

Emil Friedrich Probel, Freiburg i. B.

Kriegsanleihe und Prämienanleihe.

Nachstehende, von einem Karlsruher Bankier dem Reichsfinanzministerium gegebene Anregung dürfte auch weitere Kreise, insbesondere die Besitzer von Kriegsanleihe, interessieren.

A.H. In Ansehung der vom Reich geplanten Ausgabe einer Prämienanleihe möchte ich einen Vorschlag machen, der auf der Verbindung der Prämienanleihe mit der Herannahme von Kriegsanleihen beruht. Es ist außer Zweifel, daß die Prämienanleihe um so vorteilhafter für das Reich sein wird, wenn die Besitzer von Kriegsanleihen daran interessiert werden. Um den Gedanken zu veranschaulichen, nenne ich so gleich als Beispiele bestimmte Sätze, die natürlich in der einen wie anderen Richtung verändert werden können.

Zum Beginn der neuen Ära des bad. Landestheaters.

Von der neuen Leitung des badischen Landestheaters wird uns eine im Programm darstellende Veröffentlichung übersandt, die wir umso lieber abdrucken, als sie unseren eigenen Wünschen vollkommen entspricht. Es lautet:

Wenn das Theater in kurzem seine Pforten wieder öffnet, sieht es sich einer völlig veränderten Situation gegenüber. Ihr Ursprung ist die Revolution. Zwar fiel sie schon in den Anfang des vorigen Spieljahres, dennoch war dieses, da ein greller Umsturz vermieden wurde, noch durchweg als Ausklang des alten Regimes zu betrachten.

Inzwischen ist eine Umgestaltung der Verhältnisse eingetreten. Das Theater sieht sich befreit von den Fesseln der höfischen Konvention, dafür freilich auch des idealen und peltinären Rückhaltes des Hofes beraubt. An dessen Stelle ist es vom Staat übernommen worden, der es als Staatsanstalt unter Beteiligung der Stadt weiterführt. Zugleich trat in der künstlerischen Leitung eine Änderung ein; an die Spitze wurde ein neuer Intendant berufen.

Diese neue Leitung wendet sich heute mit der Bitte um Vertrauen und Verständnis an die Öffentlichkeit: an das Publikum und dessen berufene Vertreterin, die Presse. Der Mitarbeit dieser Faktoren wird es in ganz anderem Maße als bisher bedürfen, um das Theater lebensfähig zu erhalten und kulturfördernd zu machen. Das alte Abonnementsystem, die traute Fessel jeder großzügig-modernen Spielplanbildung, ist gefallen. Daß der alte Stamm treuer Theaterfreunde, der auf den Abonnementsplätzen saß, dem Theater nicht verloren gehe, daß er vielmehr die Kerntruppe eines weiten und immer weiteren Kreises bilden möge, der im Theater Erhebung und edles Vergnügen des Geistes zu suchen gewillt ist, bildet die erste schöne Hoffnung der neuen künstlerischen Gemeinschaft. Gleichermassen den Kenner wie den Neuling zu befriedigen, letzten Endes diesen zu jenem heranzubilden, ist die schwere, aber schöne Aufgabe, die sich die Leitung gestellt hat. Wie leicht wäre ihre Lösung, könnte sie am sinnlichen Ende, am Augenpunkt des schönen Scheins ergreifen werden, der in der Welt viel, unendliches in der Theaterwelt bedeutet — könnte man mit den ganzen altmodischen Dekorationen und Kulissen den knappen Vorrat an Reizmaterial bereichern und neue szenische Einrichtungen: das verstellbare Proszenium, den Kuppelhorizont, plastische Innendäume, lackierte Waldbäume, großzügige Stillierungen erstellen und dieses intime oder grandiose Spiel der Linien und Flächen mit dem Wundermittel der modernen Bühnenkünste, dem „indirekten Lichte“ des For-

tunsystems zaubervoll beleben! Der stumpfste Sinn dann würde das Neue, das Andere, das Bessere gewahren.

Leider nötigen die knappen Geldmittel, die nur die Kosten des Laufenden, nicht des Außerordentlichen decken, die hohen Böhne, die unerwünschten Materialpreise heute und wohl noch auf mancher Zeit zu herbem Vergessen. Das Gutachten einer allerersten Autorität, die zu einer Besichtigung des Theaters eingeladen worden ist, soll erweisen, welche dringenden technischen Neuerungen mit den vorhandenen Mitteln wenigstens behelfsmäßig ausgeführt werden können.

Ein Abbild der heutigen deutschen Welt im Kleinen, muß das Theater, um zu gesundem, auf allen materiellen Luxus verzichtend, sich nur den nötigsten Bedarf gönnen, sich einzig auf seine geistigen Werte und Möglichkeiten stützen. Diese sind groß und weit größer ist die Fähigkeit ihrer Steigerung. Das in allen Sparten vom Solosänger- und -spieler über den Orchestermeister und Chorführer bis zum Handwerker und Arbeiter vorzügliche Personal bedarf zum Glück nur geringer Ergänzung und vorsichtiger Erneuerung. Nötig und möglich hingegen ist die Verdichtung der Arbeitsleistung, der Steigerung der Intenfität.

Was zunächst das Schauspiel anlangt, so wird eine neue Art der Regieführung, der Spielbildung Platz greifen müssen, die den Grundgedanken des Kunstwerks zur obersten Richtschnur macht. Stil und innerer Rhythmus wird das Gesicht bilden, dem sich die Individualität der Darsteller bei aller Wahrung der Persönlichkeit unterzuordnen hat. Das intime, unbedingte aufeinander Einspielen der Kräfte muß zur Ensemblebildung in einem Sinne führen, wie ihn die Regie früherer Zeiten, deren Verdienste auf anderem Gebiete lagen, die das Virtuosenhafte in den Vordergrund schob und bei der jeder tüchtige Schauspieler ein kleiner Virtuos zu sein hatte, niemals gekannt hat. Hand in Hand damit soll die Pflege des kostbaren Kulturgutes gehen, das der Bühne anvertraut ist: der deutsche Sprache mit ihren Herrlichkeiten. Dies gilt natürlich in erster Linie von unseren klassischen Werken — und hiermit betreten wir das literarische Gebiet.

Dieses zu pflegen muß die erste Pflicht eines „Landestheaters“ sein. Dem klassischen Repertoire gebührt eine völlige dramaturgische, schauspielerische, und soweit möglich szenische Erneuerung und Ergänzung, eine Aufgabe für 3-4 Jahre.

Sobann sind, gewissermaßen im Längsschnitt, die Entwicklungslinien der dramatischen Literatur bis zu heutigen Tage darzulegen, die Persönlichkeit der hauptsächlichsten Autoren in ihren wesentlichsten Werken

nachzuziehen. Bei dem unendlich viel Veräumelten darf man natürlich kein lückenloses Nachholen erwarten, aber in großen Zügen sollen die Linien zur gegenwärtigen Produktion, der ganz besonderes Interesse gewidmet wird, gezogen werden. Im Querschnitt sollen dabei alle Ringe und Kreise der für die Bühnenwelt erschlossenen Stoff- und Geisteswelten in gleicher Weise berücksichtigt werden. In erster Reihe die drei großen Kulturkreise, die die Quellen unseres ganzen höheren Lebens bilden: dem biblischen, dem klassisch-antiken, dem altgermanischen Kulturkreise soll in jeder Spielzeit mindestens ein bedeutendes Werk Stoff und arbeitsdankend sein. Die Bezirke der Antike, des Märchens, der Sage sollen aufgeführt, der Heldenaal der Geschichte soll betreten werden, der Hülle, wie dem sozialen Kampf ist künstlerisch das Wort zu geben und zuerst und zuletzt den Mäseln und Geheimnissen des menschlichen Herzens.

Durch all diese Gebiete soll sich in jeder Spielzeit in der Diagonale ein Band von Aufführungen ziehen, die einem großen Menschheitsgedanken mit den Mitteln des Dramas und der Schaubühne dienen. Also nicht ein „Julius“ im alten Sinne philologisch-historischen Interesses, sondern einer ästhetischen Orientierung auf ethischem Grunde. Dem für diese Spielzeit geplanten Zylus wird „Das Ewig Weibliche als Erlösungsmotiv“ zugrundegelegt werden. Eingehenderes über diesen Grundgedanken und über die Auswahl der Werke, die ihn illustrieren sollen, wird in kurzem verlaubar werden, ebenso über die andern beabsichtigten Neuaufführungen und Neueinstudierungen, die getroffenen Engagements und sonstige Pläne.

Der besseren Unterhaltungsliteratur jeder Grades wird der Platz, den sie beanspruchen darf, nicht bestritten werden.

In der Oper soll an die alte ruhmreiche Tradition der Karlsruher Bühne angeknüpft werden, die unter dem Stern Richard Wagners stand. Neben ihm, dem Großmeister der Pathetik, wird das Leichte und Beschwingte von Mozart bis Chopin liebevoll gepflegt werden, auch die Schranken des Rationalen sind gefallen und der Weg zu den Italienern wieder frei. Die für den Mai geplante Richard Strauß-Weekend wird zeigen, wie intensiv die Bemühungen um das „Neue“ sind; möchten sich neben dem Meister der Moderne andere Werke lebender Komponisten durchsetzen, so wäre das bei der Raslosigkeit der gegenwärtigen Operproduktion ganz besonders liebhaft zu begrüßen. Soll dem ganzen Programm, mit dem das Landestheater seine Arbeit antritt, ein Leitmotiv gegeben sein, so sei es der Vers Goethes:

„Alles ist beharrt mit Neue
Freundlich aufgefaßt das Neue!“

